Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 6.– Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 19.50 Mk. (einschl. 1.50 Mk. Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 35 Pfg., im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 170 — Donnerstag, den 21. Juli 1921. — 44. Jahrgang

Neustes vom Tage.

Die Franzosen haben 12 kommunistische Putschbanditen des Mettmanner Aufstandes als politische Märtyrer aus dem Gefängnis befreit.

In Oberschlesien will Frankreich auf eigene Faust mit Truppen zugunsten der Polen eingreifen, um den Deutschen das gefährliche industrielle „Kriegs-Arsenal" zu entreißen.

Französische Gewerkschaftskreise treten für einen selbständigen oberschlesischen Staat unter Völkerbundsvormundschaft ein.

Vom kleinasiatischen Kriegsschauplatz melden die Griechen großen Sieg und viele Beute.

In seiner Antwort an Frankreich schlägt England eine oberschlesische Konferenz in Boulogne für Ende Juli vor.

Von der deutschen Kriegsentschädigung sollen die Anteile der übrigen Mittelmächte abgezogen werden.

Eine Entlastung Deutschlands.

Kriegsentschädigung durch alle Mittelmächte.

Paris, 20. Juli. „Chicago Tribune" schreibt: Die Internationale der Juristen gelangte zu dem Schlusse, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von **132 Milliarden** die gesamte Entschädigung darstelle, welche die Alliierten von sämtlichen ehemaligen feindlichen Ländern, nicht aber von Deutschland allein zu beanspruchen hätten. Diese Auffassung, die jetzt von allen alliierten Juristen geteilt werde, gründe sich auf Artikel 231 des Versailler Vertrages.

Diese Entscheidung bedeute nicht, daß die Verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern daß die von ihnen bezahlten Beträge Deutschland zu erlassen seien. Ueber die Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nichts bestimmt worden, es könne sich aber nur um einen **geringen Teil** des Gesamtbetrages handeln.

Spartakus, Frankreichs lieber Freund.

In den Ostertagen unternahmen gegen 500 Kommunisten aus Hochdahl und Erkrath (im Brückenkopf Düsseldorf) einen Putsch gegen Mettmann (im nicht besetzten Gebiet), wo von ihnen das Rathaus besetzt, die Reichsbank um erhebliche Beträge beraubt, Gefangene aus dem Amtsgericht freigelassen und die Polizei entwaffnet wurde. Ferner sind von der kommunistischen Bande durch Anwendung von Waffengewalt und Drohung Gegenstände von erheblichem Werte in Mettmann „requiriert" und nahmhafte Schädigungen von Mettmanner Bürgern verursacht worden. Das ganze Unternehmen der Kommunisten charakterisierte sich als ein

bewaffneter Aufstand und Raubzug.

Als der Putsch durch das Eingreifen der Schutzpolizei niedergeschlagen war, beantragte der Landrat des Kreises Düsseldorf beim französischen Kreisdelegierten die Genehmigung zum Erlaß eines Haftbefehls gegen 16 Teilnehmer, darunter der Rädelsführer, den der Kreisdelegierte, nachdem er die Beschuldigten persönlich vernommen hatte, auch erteilte. Daraufhin wurden 12 Kommunisten, die zugegeben hatten, sich bewaffnet an den Unruhen in der Mettmanner Gegend und namentlich auch an der Beraubung der Reichsbank beteiligt zu haben, verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben. Der Kreisdelegierte hatte verlangt, über den Verlauf des Gerichtsverfahrens und über das Urteil unterrichtet zu werden, und betont, daß

nur wegen gemeiner, nicht wegen politischer Vergehen

Verfolgung zulässig sei. Weiterhin hatte er zur Bedingung gemacht, daß die gegen die Verhafteten verhängten Strafen im besetzten Gebiet verbüßt werden müßten. Bevor nun das Verfahren gegen die Verhafteten vom deutschen Gericht durchgeführt werden konnte, hat der kommandierende General des Brückenkopfes Düsseldorf, Hennocque, dieser Tage plötzlich die erteilte Genehmigung zur Strafvollstreckung der zwölf Kommunisten widerrufen und verlangt, daß die Inhaftierten unverzüglich in Freiheit gesetzt würden. Er begründete diesen unverständlichen Schritt mit dem Hinweis darauf, daß die Genehmigung nur zur Verfolgung gemeiner Verbrechen erteilt und ohne Wissen der französischen militärischen Behörden auf politische Anklage ausgedehnt worden sei. Dem kommandierenden General war die Freilassung der Kommunisten so dringlich, daß er nicht einmal die Erteilung des Freilassungsbefehls durch den dafür zuständigen Generalstaatsanwalt abwarten, sondern einen General nach dem Dienstsitz Gefängnis, wo die Kommunisten untergebracht worden waren, schickte, um die

Enthaftung persönlich zu bewerkstelligen.

Es liegt auf der Hand, daß bei dem Mettmanner Kommunistenputsch von einem rein politischen Unternehmen keine Rede sein kann, sondern daß es sich um gemeine Verbrechen allerschwerster Art handelt, die unter dem politischen Deckmantel verübt worden sind. Wohlgemerkt handelt es sich dabei um Verbrecher, die auch den scharfen Bestimmungen der französischen Besatzungsbehörde in krassester Weise zuwidergehandelt haben, da die verhafteten aus dem besetzten Gebiet stammenden Kommunisten bei ihrem Putsch zugegebenermaßen mit Militär- und Maschinengewehren ausgerüstet waren.

Oberschlesische Note Englands an Frankreich.

Schnelle Lösung verlangt.

Paris, 20. Juli. **Im Auswärtigen Amt wurde heute den Pressevertretern mitgeteilt, daß der englische Geschäftsträger in Paris heute nachmittag dem Präsidenten Briand die englische Antwort auf die französische Note vom 16. Juli überreicht hat. Die englische Regierung gibt darin der Ansicht Ausdruck, daß die unsichere Lage in Oberschlesien eine schnelle Lösung verlange. Da Lloyd George und Lord Curzon im August einer Tagung des Obersten Rates nicht beiwohnen könnten, ersucht England, die**

Konferenz zwischen 27. und 30 Juli

in Boulogne abhalten zu lassen. Bei dieser Besprechung des Obersten Rates wird auch die Frage der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen entschieden werden.

Angeblich will die französische Regierung gegenüber dieser englischen Note ihren Standpunkt in jeder Hinsicht aufrecht erhalten. Diese Information wird bestätigt durch eine Meldung der „Chicago Tribune", wonach Briand heute abend eine neue Note an England senden wird, in der gesagt wird, daß

Frankreich dabei bleibt,

seine Truppen in Oberschlesien zu verstärken. Ferner soll in dieser neuen Note England gebeten werden, sich dieser Maßnahme anzuschließen. Gleichzeitig wird auf die Notwendigkeit der Vernehmung von Sachverständigen über Oberschlesien hingewiesen. Aus diesem Grunde könnte also der Oberste Rat erst nach dem Bericht der Sachverständigen zur entscheidenden Sitzung zusammentreten.

Wie verlautet, sollen die

französischen Verstärkungen

für Oberschlesien 10 000 Mann betragen. Man glaubt, den Transport in drei Wochen bewerkstelligen zu können, der teils mit der Eisenbahn, teils mit dem Schiff über Danzig erfolgen soll.

•

Der zitternde „Sieger".

Der diplomatische Vertreter des Londoner „Exchange-Telegraph" teilt mit:

Der französische Botschafter sprach auf dem Auswärtigen Amt vor. Er wurde von Curzon empfangen, der ihm gegenüber erneut den dringenden Wunsch der britischen Regierung nach baldigem Zusammentritt des Obersten Rates zum Ausdruck brachte. Die Ausführen hierfür sind indessen nach wie vor nicht sehr groß und zwar nicht deshalb, weil die französische Regierung abgeneigt ist, die Orientfrage zu erörtern, sondern deshalb, weil Frankreich entschlossen sei, seine Sicherheit nicht durch vorzeitige Aufhebung der Zwangsmaßnahmen oder durch Ueberweisung des oberschlesischen Kriegsarsenals an Deutschland zu gefährden. Ferner wird französischerseits betont, daß, da Großbritannien und die Vereinigten Staaten bisher den Garantievertrag für Frankreich nicht vollzogen haben, Frankreich auf eigene Faust Garantien gegen die Möglichkeit eines neuen **deutschen Angriffes** suchen müsse. Im britischen Kreisen wird bemerkt, daß Frankreichs neue oberschlesische Politik in der Richtung auf ein unabhängiges Auftreten sich entwickelt.

Knebelung der öffentlichen Meinung.

Laut Nachrichten aus Oberschlesien ist es bisher keinem oberschlesischen Blatte erlaubt worden, zu dem Schritte des französischen Botschafters Laurent beim deutschen Außenminister Dr. Rosen in der oberschlesischen Frage Stellung zu nehmen. Auch die Entgegnungen Dr. Rosens auf die Ausführungen Laurents sind von der interalliierten Zensur gestrichen worden, ja, sogar einzelne Teile der Note selbst sind dem oberschlesischen Volke vorenthalten worden.

Fürsorge für oberschlesische Staatsbeamte.

Das preußische Staatsministerium beschloß, für die Beamten, Geistlichen, Kirchenbeamten und Lehrerpersonen in Oberschlesien in Anbetracht ihrer besonderen Notlage und Gefährdung unter Erweiterung der bisherigen Fürsorgebestimmungen für jeden Schaden an den zu ihrem Haushalt gehörigen Sachen, der seit dem 11. Februar 1920 durch den Aufstand oder Unruhen entstanden ist oder künftig entstehen wird, vollen Ersatz zum gegenwärtigen Anschaffungswert zu gewähren. Bei Körperschäden der genannten Personen und ihrer Familienangehöriger wird voller Ersatz aller zur Herstellung der Gesundheit erforderlichen Aufwendung gewährt.

Opfer polnischer Bestien.

In den oberschlesischen Wäldern sind die von den Polen verscharrten Leichen des Amtsvorstehers Wagner aus Gleschowitz, des Polizeiwachtmeisters Richter aus Rybnik, sowie die Leiche des Gerichtsassessors Seidel aus Ratibor aufgefunden worden.

Jouhaux für Selbständigkeit.

Im „Progrès Civique" liest man einen interessanten Bericht des Generalsekretärs der CGT. (französischen Gewerkschafts-Zentrale) Jouhaux über die Ergebnisse der Kommission, die vom Interalliierten Gewerkschaftsbund nach Oberschlesien geschickt wurde. Die Delegation bestand aus Jouhaux-Frankreich, Timmen als Delegierter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Kahl-Deutschland und Zulawski-Polen. Jouhaux stellte fest, daß das industrielle Revier Oberschlesiens als einheitliches Ganzes anzusehen ist. Weil das Gebiet kapitalistisch ausgebeutet werde, sei eine Teilung unmöglich, ohne seiner Produktivität zu schaden. Die Frage der Teilung aus nationalen Gründen ist unlösbar. Das beste wäre, schließt Jouhaux, der anscheinend die Meinung der ganzen Delegation vertritt, in Oberschlesien die Autonomie zu gewähren unter Kontrolle des Völkerbundes und diesem Gebiet die offene Tür auf beiden Seiten zu garantieren.

Feindliche Kriegsgreuel.

Aus dem Juni-Heft der „Süddeutschen Monatshefte", das vollständig einer deutschen Gegenrechnung gewidmet ist und aus dem wir bereits einzelne Abschnitte veröffentlichten, lassen wir heute einige weitere Teile folgen, in denen Franzosen und Engländer von ihren eigenen Landsleuten Morde von einer Grausamkeit bescheinigt werden, wie sie in der Kriegsgeschichte aller Zeiten unerhört sind. Der Engländer Stephan Graham teilt einiges aus den

Instruktionsstunden der englischen Garde

mit. Er schreibt u. a.:

„Der zweite Bajonettmann **bringt die Verwundeten um.** Man darf sich nicht mit Verwundeten belasten, die einem zwischen den Beinen herumliegen. Seid nicht weichlich. Die Armee liefert euch ein gutes Paar Stiefel, ihr wißt, welchen Gebrauch ihr davon zu machen habt . . ."

Hören wir weiter, was der Engländer uns von seinen Landsleuten zu sagen hat:

„Die Lust, Gefangene zu machen, war nicht sehr groß bei den Mannschaften. Ein guter Soldat machte keine Gefangenen. Hatten sie Gefangene abzuführen, so konnten sie sich immer damit ausreden, wenn sie sie umgebracht hatten, sie wären entflohen. Hauptmann C., welcher zu Festubert

zwei gefangene deutsche Offiziere niederschoß,

mit denen er in Wortwechsel geraten war, galt stets für einen Held, und wenn ein Mann diese Geschichte erzählte, so sagte der begeisterte Zuhörer: **„Solche Kerle brauchen wir."**

Ein weißer Rabe

Ein für französische Politiker bemerkenswert ungetrübtes Urteil hat sich der bekannte französische Sozialist Jean Longuet trotz aller Feindseligkeit bewahrt. Er hat das besetzte Rheinland persönlich aufgesucht und ein vernichtendes Urteil über das schlechte

Betragen der Besatzungstruppen

ausgesprochen, was ihm natürlich von den französischen Hetzpolitikern schwer verübelt wird. Ueber seine Eindrücke im Rheinland äußerte sich Longuet u. a.:

Die militärische Besetzung des besiegten Landes durch den Sieger hat noch zu allen Zeiten und bei allen Ländern stets die schlimmsten Folgen für die künftigen Beziehungen unter den Völkern gehabt. Trotz der „Gutmütigkeit" des größten Teiles unserer Soldaten existiert im Rheinlande ein Geist der

Schikane gegenüber den Besiegten.

Dieser Geist äußert sich mehr oder weniger in der theatralischen Aufmachung, die dem Militär so gefällt, den ewigen Fanfaren der Clairons, den Paraden in glänzender Uniform mit Gewehren und Kanonen mit der einzigen Absicht, den Einwohnern des besetzten Gebietes einzuhämmern, daß sie besiegt seien.

Wenn einmal das Blatt sich wendet,

wie dies in der Geschichte so oft geschehen ist, dann kann dieses Verhalten großes Elend nach sich ziehen, unter dem unsere Kinder, wenn nicht wir selbst zu leiden hätten. Das sind jedoch nur ganz oberflächliche Eindrücke von der Besetzungspolitik. Unendlich schwerer sind die Folgen dieser Politik, wie sie kürzlich in einer glänzend dokumentierten Rede eines Kölner Abgeordneten im Reichstag dargelegt wurden. Das Stocken des Handels, das Darniederliegen der Industrie, die

Aushungerung der Arbeiter,

die Kinder können nicht mehr unterrichtet werden, da die Schulen — in Düsseldorf z. B. mehr als 8 — von den französischen Truppen belegt und die Kinder auf die Straße gesetzt worden sind."

Armes Rußland.

Notschrei Gorkis.

Gerhart Hauptmann stellt Berliner Blättern das nachfolgende an ihn gerichtete Telegramm zur Verfügung, in dem Maxim Gorki einen Aufruf zugunsten der von der Hungersnot betroffenen russischen Provinzen erläßt. In dem Telegramm, welches in Moskau vom 12. Juli datiert ist, heißt es:

„Die weiten Steppen in Ostrußland haben infolge einer noch nie dagewesenen Trockenheit eine Mißernte erlitten. Durch dieses Unglück droht Millionen der russischen Bevölkerung der Hungertod. Ich erinnere daran, daß das russische Volk infolge des Krieges und der Revolution sehr erschöpft ist. Dem Lande Tolstois, Dostojewskis und anderer, der ganzen Welt teurer Menschen, nahen schwere Tage. Ich wage nun zu glauben, daß die Kulturmenschen Europas und Amerikas, die die tragische Lage des russischen Volkes verstehen, ihm ehestens

mit Brot und Medikamenten helfen

werden. Der Glaube an Menschlichkeit und Edelmut ist durch den verfluchten Krieg und die grausame Haltung der Sieger gegenüber den Besiegten tief erschüttert worden. Soll sich wieder eine Hoffnung an die schöpferische Kraft und Menschlichkeit der Siegreichen knüpfen, so bietet das Unglück Rußlands die beste Gelegenheit, ein Fortleben der Humanität zu beweisen. Die schmachvollen Kriegsjahre haben die Völker aufeinander gehetzt und in diesem leidenschaftlichen Kampf der Dummheit und Grausamkeit auch die Schönheit der Ideen vernichtet, die langwierigen Mühen der schaffenden Menschheit entsprungen sind. Leute, die die qualvollen Zuckungen der leidenden Welt in ihrem Herzen mitempfinden, werden die Bitterkeit meiner Worte verzeihen. Ich bitte alle Europäer und Amerikaner, dem russischen Volke raschestens zu helfen.

gez. **Maxim Gorki."**

Diese Hilfe dürfte unendlich und unmöglich sein, solange das russische Volk nicht selbst durch Verjagung der Bolschewiki die Voraussetzungen für eine gründliche Wiederaufnahme des russischen Außenhandels schafft.

Aus dem Reiche.

Berliner Aerztestreik.

Die unbesoldeten Volontärärzte in den Berliner Universitätskliniken und der Charité haben an das Kultusministerium eine Eingabe gerichtet, worin sie wenigstens für diejenigen Volontärärzte, die notwendige Arbeiten verrichten, eine geldliche Entschädigung verlangen. Da bisher eine Antwort auf diese Forderung nicht erfolgt ist, haben sie in einer Versammlung beschlossen, Dienstag mit der Arbeit

niederzulegen. Es handelt sich um insgesamt 160 Aerzte. Die Oberärzte der Kliniken haben erklärt, keine Streikarbeit zu leisten und jegliche Arbeit mit Streikbrechern abzulehnen und nur die sogenannten Notstandsarbeiten zu verrichten.

Brot und Lohn.

Der Nachricht, daß in Verbindung mit der Frage der Brotpreiserhöhung gewerkschaftliche Kreise die Forderung nach dem Rücktritt der sozialistischen Kabinettsmitglieder erhoben haben, wird von sozialistischer Seite widersprochen. Zutreffend sei, wie der Vorwärts berichtet, daß die kommende Brotpreiserhöhung wiederholt den Gegenstand von Besprechungen innerhalb des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes bildete. Die Frage sei gemeinsam mit der Zentralarbeitsgemeinschaft erwogen worden und man habe darauf hingewiesen, daß im Falle einer Verteuerung des Brotes eine Erhöhung der gegenwärtigen tariflich festgelegten Löhne erfolgen müsse. Lediglich über diesen Punkt sei auch das Reichskabinett in Kenntnis gesetzt worden. Schärfer äußert sich die Freiheit, welche in diesem Zusammenhange schreibt: „Der Kampf muß also jetzt gerichtet sein auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter, daß nicht nur die neue Verteuerung des Brotes wieder wettgemacht, sondern darüber hinaus das Einkommen der minderbemittelten Bevölkerung endlich so gestaltet wird, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Darüber hinaus muß eine Staffelung des Brotpreises je nach dem Einkommen erfolgen."

Ein Kapp-Zeughaus unter der Erde.

Durch einen Zufall ist bei Brandenburg ein Waffenversteck entdeckt worden. Zwei Fabrikarbeiter gingen durch den Wald in der Nähe des Schießplatzes, als beide plötzlich in den Erdboden versanken. Als sie sich von ihrem Schreck erholten, sahen sie, daß sie sich in einer regelrechten Munitionskammer befanden. Eine große Anzahl Handgranaten, Stahlhelme, viele hundert Militärgewehre und Maschinengewehre waren in dem Versteck untergebracht. Der Regierung in Potsdam ist von diesem Fund Mitteilung gemacht worden. Wie bis jetzt festgestellt werden konnte, stammen die Waffen aus dem Brandenburger Artilleriedepot und sind auf Veranlassung eines Vorgesetzten durch zwei Reichswehrsoldaten auf vier Wagen dorthin geschafft worden. Nach den näheren Ermittlungen handelt es sich um ein Waffenlager rechtsgerichteter Kreise. Als die zuständigen Landjäger an die Waffenfundstelle kamen, um die Waffen abzuholen, fanden sie nur noch einige Kisten vor, die meisten Waffen waren bereits aus der Höhle fortgeschafft; in der Nähe wurden zerstreut einige Gewehre vorgefunden.

Französische Wirtschaft im Reichsland.

Das Metzer „Freie Journal" erfährt, daß mit der Stillegung der Hüttenwerke Ueckingen zu rechnen ist. Ein Anschlag bereitet die Arbeiter darauf vor. 150 Mann sollen ganz entlassen werden, 250 Arbeiter sollen weiter Arbeitslosenunterstützung erhalten und 150 sollen weiter beschäftigt werden. Mit den Kündigungen hat man bereits begonnen. Aus Hagendingen wird gemeldet, daß mit Massenentlassungen zu rechnen ist. Das Metzer „Freie Journal" kommentiert diese Meldung mit folgenden Worten: „Sollen unsere Arbeiter also zu Tausenden auswandern müssen? und wenn ja, wohin können, wohin werden sie sich wenden? Man gehe in die Arbeiterkreise hinein und lasse sich die Antwort selbst geben, auch darüber, wie sie über die Ursache des Zusammenbruchs unserer Industrie denken!" —

Ansiedlungszwang für Auslandsdeutsche.

Der Plan, vertriebene deutsche Bauern aus Sibirien und der Ukraine auf dem ehemaligen großen Militärlager Lechfeld anzusiedeln, wird jetzt Wirklichkeit. Bis jetzt sind 25 deutschrussische Bauernfamilien mit über 150 Köpfen in diesem Lager angesiedelt. Diese Siedler sollen die dauernd im Lager Lechfeld verbleibende Stammkolonie bilden. Ferner sollen noch Hunderte von Vertriebenen aus den abgetretenen Grenzlanden in den Baracken Unterkunft finden und in der Umgebung in Arbeitsstätten oder mit Hausindustrie beschäftigt werden. Die deutschrussischen Bauern erhalten freie Wohnung und Verpflegung und arbeiten zunächst im Stundenlohn an der Kultivierung des Bodens. Nach der Ernte soll der Ueberschuß des Ertrages im Verhältnis der geleisteten Stundensummen verteilt werden.

Kurze Nachrichten.

Reichstagsabg. Professor Dr. **Hitze** ist in Bad Nauheim nach längerer Krankheit im 71. Lebensjahr gestorben.

Die französische Besatzungsbehörde tritt bei Heiraten zwischen Elsässerinnen und Deutschen aus den besetzten Gebieten an solche Deutsche amtlich heran, um sie aufzufordern, die **französische Nationalität** anzunehmen.

Die drei Unterausschüsse der Völkerbundskommission für die **Abrüstungsfrage** haben sich bis 1. September vertagt. Sie werden ihre Arbeiten dann in Genf fortsetzen.

Einer neuen Ausgabe von Lloyds Schiffahrtsregister zufolge beträgt die **Gesamttonnage** der Welt etwa 54 Millionen Tonnen und übersteigt somit den Stand von 1914 um über 11 Millionen Tonnen.

Eine Exchange-Meldung aus Kopenhagen besagt, daß **Bela Khun** bei seiner Rückkehr aus Moskau, wo er an einem kommunistischen Kongreß teilnahm, in Lemberg verhaftet wurde.

Der provisorische Rat von Mesopotamien beschloß, Emir Feisal die **Königswürde** zu übertragen. Die britische Regierung wünsche indessen, daß dieser Beschluß durch eine Volksabstimmung bekräftigt werde.

Ausland.

Polen.

Wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland.

Aus einer Warschauer amtlichen Statistik geht deutlich hervor, wie sehr Polen wirtschaftlich vom Deutschen Reiche abhängig ist, und wie es im eigensten Interesse besser daran täte, eine wirtschaftliche und politische Verständigung mit Deutschland anzubahnen, als in der jetzt üblichen chauvinistischen Art alles Deutsche zu verfolgen. Deutschland seinerseits hat sich wiederholt zu einer Verständigung bereit gezeigt, aber drüben immer wieder auf den nationalistischen Dünkel gestoßen. Nach der polnischen amtlichen Statistik wurden 1920 von Deutschland nach Polen 2,8 Millionen Tonnen Waren, von Polen nach Deutschland 0,2 Millionen Tonnen Waren gebracht. Der Wert stellt sich in Schweizer Franken für die Einfuhr nach Polen auf 85, für die Ausfuhr auf 38 Millionen. Nicht enthalten in diesen Ziffern sind alle durch das Versorgungsministerium und Kriegsministerium eingeführten Waren, ebensowenig natürlich die außerordentlich hohe Ziffer der geschmuggelten Waren.

Sperrforts gegen Deutschland.

Die „Elbinger Zeitung" meldet, daß eine französisch-polnische Artilleristen- und Ingenieurkommission die ehemaligen deutschen Festungen an der Weichsel- und Weichselmündung bereist und ihre Modernisierung überprüft. Zunächst sollen Posen und Thorn, später auch Kulm und Graudenz mit neuen, den Kriegserfahrungen entsprechenden Anlagen und Armierungen versehen werden. Erwogen wird die Anlegung von Sperrforts längs der ganzen deutsch-polnischen Grenze.

Rußland.

Deutsche Kommunisten abgeschoben.

Die Vertreter der deutschen kommunistischen Arbeiterpartei wurden von der Komgruppe der dritten Internationale mit bewaffneter Macht entfernt, in die Bahn gesetzt und unter Bewachung abgeschoben.

Der Hunger.

In Moskau sind Hungerunruhen ausgebrochen, deren weitere Ausbreitung man befürchtet. In Minsk fand ein großes Judenprogrom statt. In Astrachan brach infolge der Cholera-Epidemien ein Aufruhr aus. Zuerst wurden sämtliche Aerzte umgebracht, dann die Volkskommissare und schließlich wahllos die gesamte Intelligenz. Militär mußte die Ruhe wieder herstellen.

England.

Die nutzlose Reichskonferenz.

In der englischen Presse wird ziemlich allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die Verhandlungen der Reichskonferenz wohl ein negatives Ergebnis zeigen werden. Die Kolonialminister scheinen abzureisen, ohne daß die Frage geregelt werden kann, ob und wie die Reichsstelle in Washington vertreten sein werden. Der kanadische Premier fährt schon am Donnerstag ab, General Smuts (Südafrika) am 29. Juli und die Minister Hughes (Australien) und Massey (Neuseeland) am 20. August. Die Frage der Lösung des britisch-japanischen Bündnisses hängt nach wie vor in der Luft und wird keinesweges vor der Washingtoner Konferenz erledigt werden.

Griechenland.

Siegesmeldungen.

Athener Nachrichten melden, daß die Truppen Mustapha Kemals von den Griechen völlig besiegt worden seien und daß das griechische Heer kaum zweihundert Kilometer von Angora entfernt stehe. Man muß dieser Nachricht gegenüber einige Vorsicht empfehlen. Immerhin scheint es festzustehen, daß die türkischen Nationalisten sich zurückziehen.

Vereinigte Staaten.

Sie ersticken in Geld.

Kürzlich äußerte sich ein einflußreicher amerikanischer Bankier bei Besprechung über die wirtschaftspolitische Weltlage dahin, daß Deutschland trotz seiner Niederlage und seiner jetzigen schweren wirtschaftlichen Not gegenüber England und Amerika der beneidenswertere Teil sei, dem eine goldene Zukunft blinke. Der amerikanische Finanzmann betonte, daß infolge der Kriegskonjunktur sowohl Amerika wie England im Gelde schwimmen, und auf die Dauer an ihrer eigenen hochwertigen Valuta ersticken müßten. Deutschland dagegen sei nur auf seine Arbeitskraft angewiesen und müßte sorgen, diese Arbeitskraft in Werte umzusetzen. Der Finanzmann vergleich gewissermaßen Amerika mit einem Greise, der als Rentner mühsam seine Zinsen verzehrt und dessen Ziel erreicht ist, während Deutschland der ins Leben hinaustürmende junge Mann ist, der mit seiner Arbeits- und Tatkraft vorwärts zu kommen sucht. In England stehe es ähnlich.

Um so verwunderlicher ist es alsdann, daß Amerika sich nicht selbst einen Absatz schafft und der Entente besonders aber Frankreich und Italien die Kriegsschulden ganz oder zum größten Teile nachläßt und so mit einem Schlage sowohl auf dem gesamten Finanz- wie auch Wirtschaftsmarkte eine Gesundung der Verhältnisse und vor allem eine Festigung der so tiefgesunkenen mitteleuropäischen Valuta herbeiführt.

Aus Stadt und Land.

Gewelsberg, 21. Juli.

Werkwohnungen.

Nach der Anordnung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 1. September 1920 war bisher die Inanspruchnahme von Wohnungen, die zur Unterbringung von Angestellten und Arbeitern eines bestimmten gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebes errichtet oder ausdrücklich bestimmt sind (Werkwohnungen), nur zur Unterbringung von Angestellten und Arbeitern desselben Betriebes zulässig. Ausnahmen waren mit Genehmigung der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde möglich.

Diese Anordnung ist vom Minister aufgehoben und durch eine neue Anordnung vom 9. Juli 1921 ersetzt worden. In dieser heißt es, „daß die Inanspruchnahme von Wohnungen, die zur Unterbringung von Angestellten und Arbeitern eines bestimmten gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebes errichtet oder vor dem 1. Juli 1921 zu diesem Zwecke von dem Inhaber des Betriebes zu Eigentum erworben oder gemietet sind, solange der Betrieb besteht und die Wohnungen tatsächlich dem angegebenen Zwecke dienen, nur zur Unterbringung von Arbeitern und Angestellten des betreffenden Betriebes zulässig ist. Gemäß der Anordnung vom 2. November 1920 unterliegen die nach dem 29. November 1920 fertiggestellten Neubauten vorstehender Anordnung nicht." — Eine Ausnahmebestimmung wie die frühere Anordnung enthält die neue nicht.

In seinem Begleitschreiben an die Bezirkswohnungskommissare sagt der Minister,

Die Abänderung der Anordnung hat sich zur Anregung der Neubautätigkeit in bezug auf Werkwohnungen und zur Verhütung von weiteren Aufkäufen von alten Häusern als notwendig erwiesen. Um einer mißbräuchlichen Auslegung der Anordnung vorzubeugen, bemerke ich im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium, daß es lediglich auf den Nachweis des Zusammenhanges von Betrieb und Wohnung ankommt. Wechselt die Betriebsart, bleibt aber ein Betrieb auf der Betriebstätte bestehen und werden die Wohnungen nach wie vor zur Unterbringung von Angestellten und Arbeitern des betreffenden Betriebes verwandt, bleibt auch der Schutz der Anordnung bestehen. d. h. die Wohnungen können von der Behörde nur für Betriebsangehörige in Anspruch genommen werden. Schließt ein Betriebsangehöriger ab, der nicht zugleich Betriebsinhaber ist, liegt eine Werkwohnung nicht vor. Demgemäß findet auch in einem solchen Falle obige Anordnung keine Anwendung.

*

— **Neuer Meister.** Der Schlosser Fritz Hohenhoff hier hat bei der Handwerkskammer in Dortmund seine Meisterprüfung bestanden.

— **Das neue Fernsprechgebühren-Gesetz** tritt am 1. Oktober in Kraft. Jeder Teilnehmer darf bis 1. September zum 30. September kündigen. Für jeden Fernsprechanschluß wird eine Einrichtungsgebühr, eine Grundgebühr und eine Ortsgesprächsgebühr erhoben. Davon wird die Einrichtungsgebühr als einmaliger Zuschuß von 100 Mark für den Hauptanschluß und 250 Mark für den Nebenanschluß zu den Kosten für die Einrichtung der Teilnehmersprechstellen gerechnet. Die Grundgebühr ist die Vergütung für die Ueberlassung und Unterhaltung der Apparate, sowie für den Bau und die Instandhaltung der Anschlußleitung. Sie beträgt in Ortsnetzen mit nicht mehr als 5 Hauptanschlüssen 380 Mark und erreicht in Berlin bei 200 000 Hauptanschlüssen 760 Mark. Dazu kommt noch die Gesprächsgebühr für die Herstellung der Gesprächsverbindungen. Im Ortsverkehr mit 25 Pfg. für jedes Gespräch, 40 Gespräche sind auf alle Fälle im Monat zu bezahlen. Die Fernverbindungen sind pauschaltiert. In Ortsnetzen mit nicht mehr als 1000 Anschlüssen werden 3 Prozent, bis 10 000 Anschlüssen 4 Prozent und bei mehr als

— **Weiterbeschäftigung pensionierter Beamter.** Auf eine kleine Anfrage im preußischen Landtag über die weitere Beschäftigung von Beamten, die infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten sind, ist vom Justizminister eine Antwort eingegangen, die im wesentlichen besagt, daß diese Beschäftigung rechtlich zulässig sei sowohl für richterliche wie für nichtrichterliche Beamte. Die weiter zu beschäftigenden Richter werden als außerplanmäßige

---

Aus eigener Kraft.

Originalroman von H. Abt.

(Copyright 1915 Greiner u. Comp., Berlin.)

17) (Nachdruck verboten.)

Da hat er plötzlich ihre Hand gefaßt: „Verzeihen Sie mir, Fräulein Eilert."

Eine leichte Verlegenheit malte sich auf ihrem Gesicht, sie will die Hand zurückziehen und läßt sie dann doch in der seinen.

„Von Verzeihen kann ja wohl keine Rede sein, Herr Müllenhof, denn schließlich haben Sie ja nicht allein gelacht. So tragisch wollen wir die Sache denn doch nicht aufbauschen."

„Wenn Sie's so betrachten wollen, dann Gott sei Dank!" ruft er mit aufrichtiger Freude. „Denn andernfalls wär's mir wirklich ein scheußliches Gefühl gewesen." Und dann fragt er, nur um sie noch ein wenig zurückzuhalten:

„In Treptow wohnen Sie mit Ihrer Frau Mutter?"

„Ja. Und Mütterchen zählt abends die Minuten, bis ich heimkomme. Sie ist den ganzen Tag allein und viel leidend. Darum jetzt: Guten Abend, Herr Müllenhof."

Sie hat mit leichtem Druck ihre Hand aus der seinen gezogen, nickt ihm freundlich zu und geht rasch davon.

Er sieht ihr nach, so lange er kann. Was für einen netten Gang sie hat. Leichtfüßig und doch was Energisches. Und solche kleinen Füße. Klipp-klapp machten die Absätze, wie ihre Schreibmaschine. — Also Aktien kopierte sie in ihrer freien Zeit. — So würde sie's wohl nötig haben. Und in Treptow wohnte sie mit ihrer leidenden Mutter.

Nun ist sie seinem Blick entschwunden, ist von der baumbestandenen Chaussee seitwärts abgebogen in eine der Straßen, wo in kleinen Gärtchen kleine Häuschen in Einsamkeit und Stille träumten.

Selber ganz verträumt macht er schließlich kehrt und malt sich's aus, wie hinter blütenweißen Gardinen eine würdige Matrone sehnsüchtig Ausschau hält und plötzlich durch das Fenster ruft: „Da bist du ja, mein liebes Kind." Und dann springen zwei kleine Füßchen klipp-klapp ins Haus hinein.

Die Hand ist ihm plötzlich an die Stirn gefahren, wie ein Erwachender sieht er sich um, wirft den Kopf in den Nacken und lacht. Voll Selbstverspottens.

Alle Wetter, da war er ja schön ins Himmelblaue hineingeraten! Von der Couleur hatte er so die letzten sechs bis acht Jahre lang nicht viel an sich verspürt.

„Daß sich doch die Menschen oft gerade ihrer besten Eigenschaften schämen," meinte er da wieder Käthe Eilerts Stimme zu hören, und wieder versucht er ein Lachen, doch es wird nur ein erkünstelter Laut.

Na ja, weil eben jeder in seiner Brust die bewußten zwei Seelen wohnen hat und manchmal die bescheidenere eine wegen Raummangels so in einen Winkel einquartiert, daß er von ihrer Existenz selber kaum noch etwas merkt.

Am Abend hatte er sich's wieder in seiner Bude am Engelufer bequem gemacht. Die Zeitung wurde ihm jetzt zur gefälligen Würze seiner Muße, und nachdem er Leitartikel und Vermischtes durchstudiert, begann er, dem Annoncenteil seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Eine fettgedruckte Anzeige springt ihm plötzlich in die Augen:

„Für unsere Annahmestellen sofort zuverlässige Vertreterin gesucht. Müllenhof, Färberei und chemische Waschanstalt."

Erst ist's als ob er sich besinnen müßte, was das denn sei. Dann springt er auf, seltsam erregt. Dolle Sache eigentlich, da so ein paar Dutzend Straßen weiter in derselben Stadt einen großen Geschäftsbetrieb zu besitzen und keine Ahnung zu haben, was dort vorging. Na ja, der alte Geschäftsführer war zuverlässig und in allem eingeschustert, und Onkel Jobst, der sich während des Nestens sogenannter Sommerreise in Schöneberg einquartiert hatte, würde nicht verfehlen, ein wachsames Auge auf alles zu haben. Zudem war's ausgemacht, wenn irgend etwas von Belang passieren sollte, was des Herrn persönliches Eingreifen nötig machte, dann sollte er davon benachrichtigt werden. Zu dem Zweck hatte er auch dem Onkel seine Adresse am Engelufer mitgeteilt. Eine Bestätigung dieser Mitteilung war nicht gekommen, hatte er auch nicht erwartet, jetzt aber — eine neuzubesetzende Annahmestelle, war das etwa nicht von Belang? Anderthalb Dutzend dieser Annahmestellen hatte die Firma über Berlin verteilt, und so eine Vertretung, das war doch sozusagen ein Vertrauensposten, dazu gehörte Menschenkenntnis, die geeignete Person auszusuchen. Sowas war Sache des Herrn. Und mit seinem Herrenrecht als Inhaber der Firma Müllenhof hatte er darum nicht quittiert, wenn er sich auf den Ulk dieser vierwöchigen Maskerade eingelassen. Achtzehn Annahmestellen — das war keine Kleinigkeit — so sehr viel mehr hatte Spindler auch nicht — damit gehörte man schon beinahe unter die Großindustriellen.

Im Zimmer hin und her laufend, steigert er sich immer mehr in die erregte Stimmung hinein, steigert sich der Wert des ererbten Geschäftes, das er bisher lediglich als gute Einnahmequelle für flotte Lebensführung geschätzt, zu immer persönlicherem Interesse hinan, und als ihm das plötzlich zum Bewußtsein kommt, unterbricht er seinen Zimmermarsch mit einem energischen:

„Ach, Blech, das ist ja gar nicht wahr!"

Das heißt, wär's wirklich nicht wahr? Hinge er nicht doch an dem, was sein Vater Stück für Stück erworben und erarbeitet hatte — was er hatte aufblühen und wachsen sehen?

Und plötzlich sieht er anderes, vor sich — eine gertenschlanke Figur, ein schmales Rassegesicht, kühle, spottblickende Augen und hochmütig gekräuzte Lippen, die's ihm verächtlich hinwerfen:

„Sie können doch nicht leugnen" —

Geleugnet hatte er nicht, aber — verleugnet. Seine innerliche Zusammengehörigkeit zu seinem väterlichen Erbe, zu seines Vaters Schöpfung verleugnet. — Pfui Deibel! — Eigentlich war das ihre Gemeinheit gewesen.

Ihre Gemeinheit?! Es reißt ihm den Kopf herum, wütend blickt er hinter sich, als suche er nach dem, der das Wort ihm zugeraunt. War er denn ganz und gar verrückt geworden?! Was war denn nur auf einmal in ihn gefahren?

Und wie er sich's fragt, klingt ihm der Name auf, der seit Stunden als geheimer Unterton durch alles schwingt, was er denkt und tut — Käthe Eilert.

Die Stirn gerunzelt, tritt er ans Fenster und trommelt gegen die Scheiben.

(Fortsetzung folgt.)

beamte eingestellt, eine Beschäftigung im privatrechtlichen Dienstverhältnis komme nicht in Frage. Deshalb bestänben auch gegen die Heranziehung solcher Richter in den Strafkammern ebenfowenig Bedenken, wie gegen ihre Arbeit in der Justizverwaltung. Die Verwaltung sei eine reine Verwaltungsangelegenheit.

— **Das Ende der privaten Stellenvermittelung.** Die gewerbsmäßige Stellenvermittelung will der Entwurf eines Reichsarbeitsnachweisgesetzes nach einem längeren Uebergangszeitraum völlig beseitigen. Es werden aber jetzt noch neue Stellenvermittler von den Beschlußbehörden zugelassen. Der Handelsminister hat aber in einer Verfügung an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin sie als nicht erwünscht bezeichnet. Mit dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes könne noch im Laufe dieses Rechnungsjahres gerechnet werden. Bei der Zulassung eines Stellenvermittlers soll deshalb die Bedürfnisfrage besonders streng geprüft werden.

— **Kriegsteilnehmer-Testamente.** Bei der Rechtsabteilung des Reichswehrministeriums wird noch eine große Zahl von Testamenten aufbewahrt, die von Kriegsteilnehmern im Felde errichtet worden sind. Soweit sie als sogen. „privilegierte letzte Willensverfügung" nach § 44 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 errichtet sind, haben sie mit Ablauf eines Jahres, nachdem der Truppenteil des Testators demobil gemacht worden, der Errichter demobilisiert oder aber aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt ist, ihre Gültigkeit verloren. Die nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches errichteten ordentlichen Testamente behalten ihre Gültigkeit. Die Verhältnisse werden sich aber inzwischen vielfach so verändert haben, daß die Zurücknahme der Testamente oder deren Abgabe an die zuständigen Amtsgerichte angebracht erscheint. Entsprechende Anträge sind unter Beifügung des Hinterlegungsscheines an das Reichswehrministerium (Rechtsabt., Berlin W. 66, Leipziger Straße 5) zu richten.

— **Keine doppelte Wirtschaftsbeihilfe für Eheleute.** Die laufende Wirtschaftsbeihilfe wird einem Ehepaar nur einmal und zwar zu dem höheren Betrage gewährt, wenn Ehemann und Ehefrau Beamte, Angestellte oder Lohnempfänger im Reichs- oder Staatsdienst sind. Sie können sie aber beide erhalten, wenn der Ehemann im Staatsdienst und die Frau im Kommunaldienst oder umgekehrt ist. Die Regierung hatte bisher an dieser Ordnung nichts auszusetzen. Die Wirtschaftsbeihilfen, die von den Gemeinden gewährt werden, sind aber nach dem Gesetze vom 25. Dezember 1920 überwiegend vom Reiche zu tragen. Um die Reichskasse nicht doppelt zu belasten, ist deshalb angeordnet worden, daß die Wirtschaftsbeihilfe auch im zweiten Falle nur einmal zu zahlen ist. Um einen ausgedehnten Schriftwechsel zu vermeiden, soll in beiden Fällen die Beihilfe grundsätzlich dem Ehemann nach dem für ihn gültigen Satze gewährt werden. Eine schon gewährte Mehrzahlung wird nicht zurückgefordert. Stundenweise beschäftigten Lohnempfängern wird die Beihilfe nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit gewährt, soweit sie im Vergleich mit den Löhnen der örtlichen Privatindustrie überhaupt zahlbar ist. Sie erhalten für jede Arbeitsstunde den 208. Teil des Monatssatzes.

— **Fahrpreisermäßigung für die öffentliche Krankenpflege.** Eine Fahrpreisermäßigung ist zugunsten der öffentlichen Krankenpflege und der Magdalenenfürsorge auf den deutschen Reichseisenbahnen eingeführt worden. Zum halben Preise werden in der 2. und 3. Klasse, in Schnellzügen gegen den Zuschlag, Angehörige der inländischen weltlichen und geistlichen Vereine und Genossenschaften befördert, die sich satzungsgemäß in Ausübung freier Liebestätigkeit der öffentlichen Krankenpflege widmen. Dieses gilt auch für Reisen zur Aufsicht beim Pflegepersonal, beim Wechsel der Stellung und zur Kur oder Erholung. Die Ermäßigung genießen auch die Vorstände und das Pflegepersonal der Magdalenenstifte. Nicht gewährt wird die Vergünstigung bei Reisen auf Verlangen von Privatpersonen oder zur Begleitung kranker Personen auf deren Kosten. Für die Ermäßigung ist ein Ausweis der Vorstände der Vereine usw. notwendig.

— **Zuschriften an Behörden.** Die Aemter empfehlen, während der Ferien Eingaben nicht mit namentlichen Adressen zu versehen, da hierdurch eine unnötige Verzögerung hervorgerufen wird. Vielmehr soll die Eingabe jeweils an die Behörden selbst (ohne Nennung des Namens eines Beamten) gerichtet werden. Wir weisen darauf hin, daß es sich im Schriftwechsel mit allen Behörden und nicht nur während der Ferien- und Reisezeit, sondern das ganze Jahr hindurch empfiehlt, nicht persönlich zu adressieren, weil solche Sendungen dem etwa beurlaubten oder aus sonstigen Gründen länger abwesenden Beamten nachzusenden sind, wenn ihr Inhalt nicht schon äußerlich zweifellos als für die Behörde bestimmt zu erkennen ist. Die namentlich bei Fristsachen aus einer Verzögerung entstehenden Weiterungen usw. kann sich jeder selbst leicht ausmalen.

Zur Beseitigung der Wohnungsnot.

Der „Köln. Ztg." schreibt man:

Vor dem Kriege mußten 200 000 Wohnungen jährlich hergestellt werden. Jetzt fehlen uns nach fünfjährigem, fast gänzlichem Stillliegen des Wohnungsbaues mindestens 750 000 Wohnungen. Zu dem Fehlbestand kommt ein weiterer jährlicher Neubedarf von mindestens 100 000 Wohnungen. Nun haben aber leider die außerordentlich gestiegenen Baukosten und die zu niedrigen Altmieten unsre früheren für den Wohnungsbau tätigen Kräfte lahmgelegt. Die finanzielle Sachlage ist folgende:

Ein vierräumiger Wohnungsbau kostet heute rund 100 000 Mark. Zur Verzinsung wären selbst bei vorsichtigster Berechnung 8000 Mark (richtiger 8000 Mark) Ertrag jährlich aufzubringen. 1914 kostete eine Vierzimmerwohnung durchschnittlich 400 bis 500 Mark. Diese Spannung ist demnach 1:15. Die Zwangswirtschaft läßt aber ein Ueberspringen dieser Kluft nicht zu. Sie trägt die Hauptschuld am Darniederliegen der Bautätigkeit. Sie verursacht den höchst unsozialen Zustand, daß neun Familien fast umsonst wohnen, während jede zehnte Familie überhaupt keine Wohnung erhalten kann. Ein Blitzlicht auf die unwirtschaftlichen Zustände wirft die Erwägung, daß man heute eine

Vierzimmer-Wohnung für eine Zigarre

je Tag bewohnen darf. Die Wohnungsnot kann nur beseitigt werden durch Neubauten, in vollem Bedarfsumfange, und zwar schon aus volkswirtschaftlichen Gründen. Das Baugewerbe ist das größte unter allen Gewerben, das vor dem Kriege mit den Angehörigen fast ein Zehntel des ganzen deutschen Volkes ernährte. Hinzu kommen die dem Baugewerbe verwandten Industriezweige. Das Baugewerbe und die von ihm abhängigen Industrien sind über das ganze Reich verteilt; ihre Wiederbelebung ist also das natürliche Abwehr- und Hilfsmittel gegen die Arbeitslosigkeit. Es ist trostlos zu wissen, daß auf der einen Seite

eine Million Wohnungen fehlen,

auf der andern Seite etwa 1,5 Millionen Erwerbslose vorhanden sind und dazwischen die leistungsfähige deutsche Baumaschine unbeschäftigt steht. Alle Schritte zur Beseitigung der Wohnungsnot haben bisher versagt; von der Zwangswirtschaft angefangen (die jedes Jahr über 1000 Millionen Mark kostet) bis zur staatlichen Zuschußwirtschaft. Es müssen also andre Wege gesucht werden. Auf einen verhältnismäßig sehr einfachen hat in einer ausgezeichneten Denkschrift der „Rheinisch-Westfälische Ausschuß zur Förderung des Wohnungsbaues" hingewiesen. Er schlägt vor, die bereits erwähnte Kluft in den Mietpreisen zwischen Alt- und Neuwohnungen auszunutzen. Er fordert, daß Baugelder nicht aus staatlichen Mitteln usw. aufzubringen sind, sondern daß sie das Bau- und Wohnungswesen selbst zu tragen habe. Die Hilfe müsse aus den Althäusern kommen, deren Stärke darin liege, daß sie

zu Goldmarkwerten hergestellt sind, aber nur Papierwerte abwerfen,

und die deshalb den neuen Wohnungsbauten dienstbar gemacht werden müßten. In Verfolg dieses Gedankens wird nun angeregt, das Althaus einen Betrag von 200 v. H. der Grundmiete von 1914 für die Unterhaltung usw. und einen weitern Betrag von 100 v. H. tragen zu lassen, aus dem die Mittel zur Errichtung neuer Häuser bereitgestellt werden können. Die Miete der Althäuser würde dann zwar das Vierfache des Satzes von 1914 betragen, aber noch lange nicht entsprechend den sonstigen Preissteigerungen sich erhöht haben. Dieser Vorschlag erscheint richtiger, als das leidige Zurückgreifen auf Zwangswirtschaft und staatliche Hilfe, die uns doch nicht aus der Not erretten können.

Diese Vorschläge sind gerecht und zweckmäßig. Wir fragen aber: Können denn auch alle Mieter aus ihren bisherigen Einkünften die vielfachen Zinsen tragen?

Westfälischer Bauerntag.

Münster, 19. Juli. In Gegenwart von Vertretern der Behörden und Abgeordneten fand heute die Sommertagung des Westf. Bauernvereins statt, der 41 500 Mitglieder zählt. In seiner Eröffnungsansprache wandte sich Freiherr v. Kerckering-Borg gegen die Widersacher des Bauernstandes. Der Bauernverein war und sei auftrichtig sozial bestrebt, sowohl zur Regierung wie zu den bürgerlichen Parteien nicht nur korrekte, sondern gute und vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten. Aber er gehe in voller Unabhängigkeit seinen graden Weg, rücksichtslos und furchtlos die Sache des Landvolkes zu vertreten gegen jeden, der sich ihr entgegenstelle.

Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten sprach der Geschäftsführer des Bauernvereins Dr. Dietz (Münster) über die steuerliche Belastung des ländlichen Grundbesitzes. Im Anschluß daran wurden mehrere Entschließungen angenommen. So verlangen die westfälischen Landwirte in einer von ihnen: 1. Daß die geplante Zwangshypothek unterbleibt. 2. Daß die Verschärfung der Erbschaftssteuer nicht den 1. Verwandtschaftsgrad trifft, ohne damit den grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben, der die Besteuerung des Kindeserbes überhaupt ablehnt. 3. Daß für die geplante staatliche Grundsteuer der Ertragswert und nicht mehr, wie bei der kommunalen Grundsteuer, der gemeine Wert zur Basis der Besteuerung dient. 4. Daß bei der Umsatzsteuer die Belastung des Eigenverbrauches fallen gelassen oder zum mindesten in der Weise geregelt wird, daß eine größere Kinderzahl keine Belastung bedeutet. Endlich fordert eine Entschließung, daß die Steuersachverständigen den landw. Organisationen zu entnehmen und die Unterlagen für die Berechnungen des sog. Finanzamtssachverständigen dem Steuerpflichtigen zugleich mit der Veranlagung zuzustellen seien, damit er zu Irrtümern Stellung nehmen könne.

In temperamentvoller Weise sprach zum Schluß der bayerische Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Schlittenbauer (München) über wirtschaftlichen Ausblick. Wenn Deutschland gesunden wolle, müsse der Gemeinschaftssinn mehr gepflegt werden. Mit der jetzigen Parteizersplitterung müsse aufgeräumt werden. Deutschland leide unter dem Fluch der Rechthaberei der deutschen Dickschädel. Alle bürgerlichen Parteien müßten endlich eine gemeinsame Plattform für großzügige Staatspolitik finden und damit den Beweis erbringen, daß Deutschland ohne die Sozialdemokraten wieder groß werden könne.

Westfalen und Rheinland.

• **Schwelm,** 20. Juli. (Freibad.) Der Magistrat hatte geplant, aus der Badeanlage im Schmermundschen Teich ein Strandbad oder Familienbad zu machen. Diesem Plan ist der Stadtausschuß für Jugendpflege entgegengetreten und hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, bei den städt. Körperschaften dahingehend zu wirken, daß das Freibad vorerst nicht als Strandbad oder Familienbad, sondern als Badeanstalt mit verschiedenen Badezeiten für beide Geschlechter benutzt wird. — (Versuchter Diebstahl.) Der Arbeiter K. G. aus Gevelsberg ist gestern vorm. 10 Uhr durch ein offenstehendes Fenster in die Wirtschaft von H. R. an der Brunnenstraße eingestiegen in der Absicht, Zigaretten zu stehlen. Er ist hierbei aber überrascht worden, so daß er sein Vorhaben nicht ausführen konnte.

• **Langerfeld,** 20. Juli. (Gemeinderat gegen Volksabstimmung.) Unter Vorsitz des kommissarischen Amtmanns Strohbusch fand gestern nachmittag eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Von der mehrheitssozialistischen Partei war der Antrag gestellt, Stellung zu nehmen zu der von Landrat Dr. Erdmann beabsichtigten Volksabstimmung für oder gegen den Anschluß nach Barmen. Herr Fritz Küttringhaus stellte den Antrag auf Enthaltung der Volksabstimmung, der mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt wurde, wobei zu bedenken ist, daß die Gemeindevertretung im März 1919 gewählt ist. Für den Antrag Küttringhaus stimmten sämtl. anwesende bürgerliche Gemeindevertreter. — (Volksabstimmung am 14. August.) Der Ausschuß für die Volksabstimmung in Langerfeld und Nächstebreck hat sich unter dem Vorsitz des Landrats gebildet. Die Volksabstimmung findet am 14. August statt. Es wird abgestimmt auf Grund der Listen für die Landtagswahlen vom Februar 1921. Die Stimmabgabe ist geheim und die Wahlhandlung schließt sich den gesetzlichen Bestimmungen an. Es werden zweierlei Stimmzettel ausgegeben; die einen lauten: „Für die Eingemeindung", die anderen: „Gegen die Eingemeindung".

• **Dortmund,** 21. Juli. (Gesindel.) Auf der Hachkampfstraße wurde nachts ein Brautpaar von Banditen überfallen, die den Bräutigam zu Boden schlugen und dann das Mädchen auf eine Wiese schleppten, um es zu vergewaltigen. Bald nachher gelang es der Kriminalpolizei, die Banditen, vier Arbeiter, zu verhaften.

• **Dortmund,** 20. Juli. (Der Bulle in der Druckerei.) Auf dem Schlachthof hatte sich ein Bulle losgerissen. Er raste durch mehrere Straßen, bis er auf den Hof der Druckerei Gebrüder Gillessen, Münsterstraße, kam. In dem Druckereigebäude kletterte er die Treppen bis zum zweiten Stockwerk hinauf. Einige beherzte Männer holten das Tier herunter, fingen es unter Hinzuziehung einer Kuh ein und schafften es mit verbundenen Augen wieder zum Schlachthof. Sachschaden und Unglücksfälle sind nicht entstanden. Der Vorfall dauerte geraume Zeit und hatte eine große Menschenansammlung zur Folge.

• **Dortmund,** 20. Juli. (Die erste Stadtsekretärin.) Die Stadtverordneten genehmigten in geheimer Stadtverordnetensitzung die Anstellung des Diplomhandelslehrers Dr. rer. pol. Hubert Dassel aus Magdeburg als hauptamtlicher Lehrer an der hiesigen Verwaltungsbeamtenschule, ebenso die Anstellung der demokratischen Stadtverordneten Lehrerin Frl. Cleven als Stadtsekretärin.

• **Bielefeld,** 20. Juli. (Jubiläumsstiftung.) Aus Anlaß des 700jährigen Stadtjubiläums wurde der Stadt aus Kreisen der Industrie, des Handels und des Gewerbes eine Summe von 500 000 Mark überreicht, die dazu diene soll, notleidende Rentner im Bedürfnisfalle zu unterstützen.

• **Elberfeld,** 20. Juli. (Eine schwere Bluttat) ereignete sich heute nachmittag im Café Morian. Ein Kriegsbeschädigter namens Jansen hatte zum Nachteil zweier Brüder Veruntreuungen begangen. Als diese ihn in dem genannten Café antrafen, wollten sie ihn verhaften lassen u. benachrichtigten die Polizei. Ehe diese jedoch erschien, schoß Jansen auf einen der Brüder und brachte ihm einen Lungenschuß bei. Dann tötete sich der Täter selbst durch einen Schuß.

• **Kronenberg,** 20. Juli. (Beim Kirschenpflücken) im Pfarrgarten ist der kath. Pfarrer Prehet von hier, als ein Ast brach, mit der Leiter abgestürzt. Der Pfarrer erlitt außer anderen Verletzungen mehrere Rippenbrüche und eine Gehirnerschütterung. Sein Zustand ist bedenklich.

• **Ohligs,** 21. Juli. (Schulkino.) An der Schule zu Neuenhöndorf ist ein Schulkino, das erste im Kreise Solingen, eingerichtet worden.

• **Remscheid,** 20. Juli. (Weltliche Schule.) Die städtische Schuldeputation beschloß, dem Antrage der Freien Schulgemeinde auf Einrichtung einer weltlichen Schule in dem Schulgebäude zu Stachelhausen zu entsprechen. Die Vorarbeiten sollen beschleunigt werden, so daß die Schule möglichst sofort nach den Herbstferien eröffnet werden kann. Die Verwaltung wurde beauftragt, an die Einrichtung weiterer weltlicher Schulen im Rahmen des früheren Beschlusses und im Zusammenarbeiten mit der Schuldeputation heranzugehen. Soweit die Verwaltung auf die Besetzung neuer Lehrstellen Einfluß hat, sollen diese Stellen bei der Heranziehung neuer Kräfte von auswärts im Sinne der Freien Schulgesellschaft besetzt, und darüber hinaus soll die Verwaltung bei der Regierung dahin vorstellig werden, daß bei Besetzung erledigter Stellen eine Berücksichtigung der Wünsche der Freien Schulgesellschaft erfolgt.

• **Remscheid,** 20. Juli. (Kirmesgeschäft.) Trotz der ungünstigen Lage der Remscheider Industrie und der dadurch bedingten großen Arbeitslosigkeit machten die Karussell- und Budenbesitzer auf der diesjährigen Remscheider Kirmes ein glänzendes Geschäft. In Anbetracht dessen spendeten verschiedene Schausteller für den hiesigen Kinderhilfsfonds 5500 Mark.

• **Radevormwald,** 20. Juli. (Im Streit erstochen.) Im Stadtteil Vorm Holte wurde bei einer Schlägerei der 54jährige verheiratete Arbeiter Nagel, der Frieden stiften wollte, durch drei Messerstiche so schwer verletzt, daß er starb. Der Messerheld, ein früherer russischer Kriegsgefangener, konnte verhaftet werden.

• **Wermelskirchen,** 21. Juli. (Flaggenverbot.) Die Besatzungsbehörde hat das Beflaggen der Häuser mit schwarz-weiß-roten Fahnen aus Anlaß des bergischen Gauturnfestes verboten.

• **Düsseldorf,** 20. Juli. (Unter französischer Knute.) Nachdem vor einigen Tagen der Chefredakteur der „Düsseldorfer Zeitung" eine viertägige Gefängnisstrafe verbüßt hatte, ist heute morgen der politische Redakteur der „Düsseldorfer Zeitung", Dr. Walter Nochlitz, zur Verbüßung einer achttägigen Gefängnisstrafe von zwei Gendarmen abgeholt und in das Gefängnis in der Ulmenstraße gebracht worden. Eine bestimmte Angabe, weshalb die Bestrafung erfolgte, ist nicht gemacht worden. Seit einigen Tagen haben die französischen Behörden eine scharfe Kontrolle des Telegraphenverkehrs eingeführt, namentlich bei den Gesprächen der Behörden und der Presse.

• **Duisburg,** 20. Juli. (Die Paratyphus-Epidemie.) Die Zahl der nach dem Genuß von Pferdefleisch an Paratyphus Erkrankten ist weiter gestiegen und beträgt bis jetzt 130. Auch zwei weitere Todesfälle sind hinzugekommen, so daß bisher im ganzen vier Personen der Seuche erlegen sind. Die Zunahme der Erkrankungsfälle an Paratyphus ist jedoch nicht auf die Ausbreitung der Epidemie zurückzuführen, sondern erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß das Gesundheitsamt nach allen verdächtigen Erkrankungen nachforschte und hierbei auch leichtere Erkrankungsfälle ermittelte, die sonst verschwiegen worden wären. Die bakteriologische Untersuchung der Fleischproben ergab, daß das in dem Laden des Metzgers vorhanden gewesene Fleisch mit Paratyphusbazillen infiziert war.

• **Köln,** 20. Juli. (Einbruch.) Auf Grube Klarenburg waren drei Einbrecher in das Bureau eingedrungen. Ein Aufseher, der die Einbrecher stellen wollte, erhielt einen Schuß durch die Brust und starb kurz darauf. Die Täter wurden festgenommen. Es sind zwei polnische Arbeiter und ein Helfer.

• **Kreuznach,** 20. Juli. (Zum Schießen.) Die Franzosen haben im Bezirk von Kreuznach ein 4000 Hektar großes Gelände, an dem zwölf Gemeinden beteiligt sind, beschlagnahmt. Sie halten dort an fünf Tagen in der Woche Artillerie-Schießübungen ab. Alle Hinweise des Kreises und der Gemeinden auf unaufschiebbare Einbringung der Getreideernte blieben erfolglos. Es sind bis zur Beendigung der Uebungen alle Feldarbeiten untersagt.

• **Mainz,** 20. Juli. (Ein farbiger Franzose gerichtet.) Gestern früh wurde auf dem Großen Sand bei Gonzersheim der Raubmörder Mohammed Ben Ahmed von der 1. Maschinengewehrkompagnie des 63. marokkanischen Schützenregiments erschossen. Der Mörder wurde am 27. Mai vom Kriegsgericht der Rheinarmee wegen Raubmordes an dem Kaufmann Burgmann in Höchst a. M. zum Tode verurteilt.

Vermischtes.

Gulden, die sie nicht erreichten.

Die Danziger Polizei hat dieser Tage eine vergrabene Millionen-Diebesbeute entdeckt. Für die polnische Regierung war im April d. J. aus England mit einem dänischen Dampfer ein Geldtransport nach Danzig angekommen, der hier umgeladen und nach Warschau weiter geleitet werden sollte. Es handelte sich um die neuen, noch nicht im Umlaufe befindlichen Gulden, die in England für Polen hergestellt worden sind. Das Geld wurde aber gestohlen. Es ist jetzt gelungen, die Diebe zu verhaften. Es sind ein dänischer Staatsangehöriger und ein Danziger Bewohner, die beide damals zur Schiffsbesatzung des dänischen Dampfers gehörten. Beide legten auch nach längerem Leugnen ein Geständnis ab. Sie gaben zu, das Geld bereits während der Verladung gestohlen zu haben.

Amok-Läufer.

Entsetzliche Blutszenen spielten sich im Gemeindehause an der Humboldtstraße in Reinickendorf ab. Dort stürzte sich der Taubstumme Hermann Sch. auf einen Stubengenossen, den Arbeiter August Mark, und tötete ihn durch einen Dolchstich in die rechte Brustseite. Hierauf brachte er dem Wächter Helmr. Boethke mehrere leichte Verletzungen bei. Schließlich stürzte er sich auf die Insassin des Hauses, die er durch Stiche am Kopf verletzte. Dann schnitt er sich den Unterleib auf und ergriff eine Axt, schwang sie über seinen Kopf und spaltete sich den Schädel; er liegt in hoffnungslosem Zustande im Reinickendorfer Krankenhaus.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Herkenräder, beide in Gevelsberg.

Sprechsaal.

(Unter dieser Rubrik gewähren wir allen Bürgern und Parteien freies Recht. Wir übernehmen für die Veröffentlichungen jedoch nur die preßgesetzliche Verantwortung. Die Schriftleitung.)

Einheitsverband und Zentralverband.

Milspe, 20. Juli. Vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und -Hinterbliebener wird geschrieben: Der Bericht über die hiesige öffentliche Versammlung des Einheitsverbandes am letzten Sonntag in der Montagsnummer des „Schwelmer Tageblatts“ bedarf einer Berichtigung:

Was über die Unzulänglichkeit, Schroffheiten und Härten des neuen R. V. G. gesagt wurde, kann jeder unterschreiben, wenngleich es sich der Redner zum Schluß nicht versagen konnte, die Klassengegensätze hervorzukehren. Was die abgelehnten Einigungsverhandlungen betrifft, so ist der Einigungskommission des Zentralverbandes vom Verbandstage in Detmold einmütige Zustimmung zu ihrem Verhalten erteilt, weil die parteipolitische Neutralität des Reichsbundes nicht gewährleistet ist. Die Behauptung, der Kamerad Ante vom Einheitsverband hätte mit 5000 M bestochen werden sollen, ist in der Versammlung von dem Redner des Zentralverbandes, Kamerad Altpaß, als Unwahrheit zurückgewiesen. Die vom Zentralverband zur Verfügung gestellten 5000 M sollten lediglich zur Deckung der durch die notwendigen Reisen und Verhandlungen entstehenden Unkosten dienen.

Der Appell an die Einigkeit berührt grade beim Einheitsverbande mehr als sonderbar, wenn man die zwischen führenden Persönlichkeiten dieses Verbandes geführten Auseinandersetzungen erfährt, wie Kamerad Altpaß darlegen konnte. Wenn der Berichterstatter meint, der „große“ Beifall, den der Redner des Einheitsverbandes gefunden, habe gezeigt, daß er allen Kriegsopfern aus dem Herzen gesprochen habe, dann stimmt das wohl nicht ganz. Jedenfalls hat er von den zahlreich vertretenen Mitgliedern des Zentralverbandes kaum Beifall gefunden und von der etwa 200 Mitglieder zählenden Ortsgruppe des Einheitsverbandes waren kaum 40 da. Den Appell zur Einigkeit der Kriegsopfer sollte der Referent lieber an die Führer des Einheitsverbandes der Ortsgruppe Milspe-Altenvoerde-Voerde richten, denn sie sind es ja grade gewesen, die unheilvolle Zersplitterung und Beunruhigung in die Reihen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen von Milspe-Altenvoerde-Voerde hineingetragen haben. Wie bekannt, waren die Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen der beiden Aemter Milspe und Voerde bis zum 1. Januar 1921 in einer gemeinschaftlichen Ortsgruppe des Zentralverbandes vereinigt, die ihren Sitz in Altenvoerde hatte. Aus zwingenden Gründen, die aber auch im Interesse des Gesamtverbandes lagen, bildete man damals in Milspe eine eigene Ortsgruppe des Zentralverbandes, der 70 Prozent der Milsper Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen von Milspe restlos beitreten. Diese Ortsgruppe zählt z. Zt. 175 Mitglieder, davon 115 Kriegsbeschädigte und 60 Hinterbliebene. Gegen diese Neugründung hat sich der Vorsitzende der alten Ortsgruppe Milspe-Altenvoerde-Voerde, Kamerad Erwin Fischer, mit Händen und Füßen gewehrt. Die Anhänger der Trennungsbestrebungen tat man in Acht und Bann, indem man sie am 3. Dezember 1920 aus der Ortsgruppe hinauswarf. Triumphierend erzählte Fischer damals, unsere Ortsgruppe würde nicht anerkannt vom Zentralverband. Kurz zuvor, am 13. November 1920, hatte es Fischer fertig gebracht, die Hinterbliebenen vor die Tür zu setzen. Dies alles und noch verschiedene Vorkommnisse machten es notwendig, uns von Altenvoerde zu trennen, wenn der Zentralverband nicht eine ganze Reihe von Mitgliedern verlieren wollte. Und nun hat es Fischer, der früher ein fanatischer Anhänger und Vorkämpfer des Zentralverbandes war, fertig gebracht, die Ortsgruppe in Altenvoerde dem Einheitsverbande in die Arme zu treiben und ihn selbst zum erbittertsten Gegner des Zentralverbandes zu machen, weil unsere Ortsgruppe doch von der Verbandsleitung als zu Recht bestehend anerkannt ist und weil er durch den Hinauswurf der Hinterbliebenen und den Ausschluß von 8 Mitgliedern satzungswidrig gehandelt habe.

In einer spontanen Kundgebung wandten sich die Milsper Hinterbliebenen gegen Fischer, als dieser seine Rechtfertigungsversuche vorbringen wollte und es waren wahrhaftig keine Schmeichelworte, die man ihm zurief, als die Hinterbliebenen den Saal verließen. Taktisch, das sei unumwunden zugegeben, mochte das Verlassen des Saales vor beendeter Versammlung nicht richtig sein. Da man schon 3½ Stunden getagt hatte, unser Referent aber noch eine längere Bahnfahrt vor sich hatte, konnte er nicht bis zum Schlusse der Verhandlungen bleiben, wenn er nicht den Zuganschluß versäumen wollte, was dem Kameraden Fischer auch mitgeteilt ist. Eine Anzahl Kameraden von uns sind bis zum Schluß dageblieben und haben die „Rechtfertigung“ Fischers angehört. Vom Gegenteil der gegen Fischer vorgebrachten Behauptungen sind sie aber nicht überzeugt worden. Die Versammlung war alles andere, nur kein Erfolg für den Einheitsverband. Welchen Zweck die ganze Veranstaltung hat, wissen wir schon lange. Wir sind zur Versöhnung bereit, aber auch zum Kampfe entschlossen, wenn es sein muß.

Dr. Lahmanns Gesundheits Stiefel

Das Beste, Feinste, Bequemste der Gegenwart.

Alleinverkauf für Gevelsberg

Ed. Steuernagel Nachf.,

— Mittelstrasse 41. —

Milspe: Carl Fischer.

Schwelm: Schuhhaus Fischer.

Hautröte

sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blüthen, Mitesser, usw. verschwinden durch tägl. Gebrauch der echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.

Das Zahnpulver „Nr. 23“

reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird. Das ideale Mittel zur Erhaltung schöner Zähne nach Zahnarzt Bahr.

Dr. Wolfs reine Fettseife in Friedensqualität

wird nicht aus verdorbenen tierischen Fetten, sondern unter Garantie aus dem Pflanzenfett hergestellt, welches bei der Butterfabrikation verwandt wird und kann daher besonders empfindlichen Personen empfohlen werden.

Alleinige Fabrikanten: **Grümer & Neu** Barmen.

Eugen Oehm
Nelly Oehm
geb. Starkow
Vermählte.
Gevelsberg, den 21. Juli 1921.

Hugo Richard Busch
Oberleutnant a. D.
Lotte Busch
geb. Starkow
Vermählte.
Berlin-Schlachtensee, den 21. Juli 1921.
z. Zt. Gevelsberg.

Erklärung!

Der Stadtverordnete Friederici hierselbst brachte in der Nr. 163 der „Volksstimme“ einen Artikel „Das Verleumdernest“, in dem der Herr die unterzeichneten Vorstandsmitglieder des Bürgerbundes der Teilnahme an einer Verleumdungsaktion bezichtigt. Wir erklären hierzu: „Die Hauptzeugin hat, obgleich Friederici sowohl die Zeugin als auch ihren früheren Bräutigam dauernd zu beeinflussen versucht hat, bis heute **nichts als unwahr** zurückgenommen. Maßgebend ist einzig und allein, was die Zeugin unter Eid vor Gericht aussagen wird. Das Material des „Bürgervorwärts“ beruht auf Tatsachen. Wir werden das Urteil in dem Prozeß der Bürgerschaft bekannt geben.

Hugo Boeck, Julius Pitz, Carl Gerhards.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg

Das Gemeindebüro befindet sich von jetzt ab im Hause **Mittelstr. 74.** Die Dienststunden im Büro sind: Vormittags 8—11 Uhr, Nachmittags 5—7 Uhr.

Das Presbyterium.

Getragene und neue Herren-, Burschen- u. Kinder-Anzüge, Sommer-Joppen, Hosen in Riesenauswahl. Damen-Kleider aller Art, Schuhe zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

M. Seibert, Schwelm, Ostenstr. 10, im Hause der Wirtschaft Abels.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß des Präsidiums des Landgerichts in Hagen vom 27. Juni 1921 ist auf Grund der stattgefundenen Wahl der Kaufmann **Josef Rosenthal** in Gevelsberg zum Schiedsmann für den I. Schiedsmannsbezirk der Stadt Gevelsberg auf die weitere Amtsdauer von 3 Jahren vom 20. Juni 1921 ab bestätigt worden.

An Stelle des Rektors **Karl Hardt** ist der Bäckermeister **Theodor Halverscheidt** hier, Hagener Straße 311, am 6. Juli 1921 als Schiedsmann für den II. Bezirk eidlich verpflichtet worden.

Gevelsberg, den 18. Juli 1921.

Die Polizei-Verwaltung. J. V.: Müller.

Für das **Verkaufsbüro** einer **großen Tempergießerei** wird zur Unterstützung des Abteilungsleiters **gewissenhafter**

junger Mann,

ca. 20—25 Jahre alt, gesucht. Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften, Referenzen, Gehaltsansprüchen unter **Nr. 4623** an die Geschäftsstelle ds. Ztg. erbeten.

Tüchtiges, kinderliebes evgl.
Mädchen
gesucht.
Frau Busch, Drehbank 23.

Tüchtiges, in allen Hausarbeiten erfahrenes
Mädchen
zum 1. August gesucht.
Frau C. Schönebeck, Mittelstraße 70.

Jüngeres
Mädchen
für halbe Tage sofort ges.
Frau Hugo Raukamp, Kölnerstraße 361
Meldung vormittags erb.

Ein ordentliches
Mädchen
für halbe Tage gesucht.
Hermann Eckes.

Putzfrau od. Mädchen mit guten Empf. für 2 halbe Tage der Woche dauernd gesucht. **Mittelstraße 25.**

Für meinen kl. Haushalt suche ich ein sauberes zuverl.
Mädchen,
welches zu Hause schlafen kann. Frau Fritz Wulbrede Mittelstr. 28.

Bin in den nächsten Tagen wieder in Gevelsberg zum
Klavierstimmen und reparieren.
Bestellungen erbitte noch bis Sonnabend den 23. in der Geschäftsstelle ds. Zeitung abzugeben.
Klavierbauer Fritz Jürgens.

Möbl. Zimmer am liebsten mit voller Pension von best. Herrn auf sofort gesucht. Angebote u. A. B. 100 a. d. Gesch.

Ladenlokal zu mieten gesucht. Angebote unter **B. 29** an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Arbeit für die Industrie
vermittelt
zielbewußte Reklame!
Hierfür liefert
Kataloge, Preislisten
mit eigenen Klichees die
Buch- u. Akzidenzdruckerei
Phil. Baltin
Gevelsberg
Gegründet 1878. Fernruf Nr. 58.
Monotype- und Linotype-Setzmaschinenbetrieb.

In einer Stunde vertilgen Sie unter **Garantie** Kopf-, Filz- u. Kleider-**Läuse** f. Brut (Niss), Flöhe bei Mensch u. Tier **„Rampolba“** pat. gesch. Mittel. Wunden unschädl. Nichterfolg Geld zurück. Nur echt in Packung von der Ungez.-Vertilgungs-Anstalt Essen. Für 3 Pers. ausreichend. Obiges Mittel empfiehlt **Friseur Ga...**, Hagener Straße.

Deutsch-demokratische Partei
Ortsgruppe Gevelsberg
veranstaltet am **Sonntag, den 24. Juli, nachm. ½4 Uhr,** in den Anlagen der **„Schützenburg“** (Hugo Schmidt) ein

Sommerfest.

Gemeinschaftliches Kaffeetrinken, Ansprachen, musikalische und humoristische Unterhaltungen, Kinderbelustigungen und Tanz.

— Festrede: —
Herr Landtagsabgeord. Dr. Höpker-Aschoff.

Zu dieser Feier werden die Mitglieder und Parteifreunde mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen.

Der Arbeitsausschuß.

Schleiferei nimmt noch Messerartikel im Lohn an. Angebote unter **Z. 74** an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Es können
ausgerodete Stubben
unentgeltlich aus meiner Waldung abgeholt werden.
Karl Hölker, Silschede.
Tel. 361. Amt Gevelsberg.

Brennholz
auf Ofenlänge geschnitten
Th. Lange,
Königsburg.
Telephon 346.

Obst- und Gartenbauverein
(eingetr. Verein.)

Monats-Versammlung
am **Freitag, den 22. ds. Mts.,** abends 8 Uhr, im Versuchsgarten hinter dem Rathause.

Besichtigung des Versuchsgartens unter Leitung des Herrn Schroeder: Vortrag über **Gartenarbeiten im August.**

Am Samstag nachmittag 4 Uhr, wird Herr Schroeder in Voerde die **Bereitung von Beerensaft u. Beerenwein** praktisch zeigen.

Hierzu sind alle Mitglieder eingeladen.

Die Freitag-Versammlung findet bei schlechtem Wetter im Saale des Herrn **Schäfer** statt.

Der Vorstand.

S. G.-V.
Abteilung Gevelsberg.

Wanderung
mit unsern Jugendgruppen
am **Sonntag, den 24. Juli,** nachmittags 2 Uhr, vom Rirgena ab über Milspe, Birken, Ravenschlag, Heilenbecker Sperre.

Die Jugendgruppen nehmen geschlossen teil. Beteiligung seitens der übrigen Damen und Herren ist dringend erwünscht.

Frischauf!
Der Vorstand.

Favorit-Schnitte
Wer probt, der lobt.
Heinr. Bremke, Mittelstr.

Teilzahlung
Herren-Anzüge
Burschen-Anzüge
Covercoats
Gummimäntel
Kinder-Anzüge
Herren- und Damenstoffe
Nessel
Siamosen
Gardinen usw.
Neu eingetroffen:
Damen-Konfektion
Voile-Blusen
Kleiderröcke.
H. Seidemann
Hagen i. W.
Altenhagener Brücke 3.
Bequeme Abzahlung.

Trauring verloren am Hundeiker Bach an der Friedhofstr. Der Finder wird gebeten, denselben geg. hohe Belohnung abzugeben bei **Aug. Wolf, Friedhofstr.**